



Sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Frühjahr ist mit viel Hoffnung verbunden. Die Corona-Situation in unserem Land hat sich zwar verbessert, dennoch ist der Anteil der Virusmutationen angestiegen, insbesondere der in Großbritannien entdeckten Variante B.1.1.7. Erfreulicherweise wissen wir heute um ein Vielfaches mehr über das Virus Covid-19 als noch vor wenigen Monaten. Aber noch immer stellt uns diese Pandemie vor neue Herausforderungen, an die zuvor noch keiner gedacht hat. Auch bei uns in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.

Wir haben uns der gegenwärtigen Situation gestellt und neue Ideen entwickelt. In der Gesprächsreihe **#oneclicktoeurope** befassen wir uns beispielsweise mit der Frage, was das Corona-Virus für die Europäische Union bedeutet. Botschafterinnen und Botschafter aus Europa berichten hier aus ihren von der Epidemie teils schwer gezeichneten Ländern. Das Format haben wir im Mai des vergangenen Jahres gestartet. Erstmals werden Veranstaltungen live über die Social-Media-Kanäle YouTube, Facebook und Twitter ausgestrahlt.



Unter besonderen Hygiene- und Schutzmaßnahmen trat im Februar dieses Jahres der Bundesrat zu seiner 1000. Sitzung zusammen. Zum zweiten Mal in der Geschichte der "Länderkammer" sprach zu Beginn einer Sitzung das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland.

Einen Überblick über einzelne Bundesratsinitiativen sowie in Social Media gestreamte Veranstaltungen finden Sie in diesem Newsletter.

Verbunden mit der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen in der Hessischen Landesvertretung wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT

Informationen zu Plenarsitzungen



© Bundesrat | Dirk Deckbar

1000. Sitzung des Bundesrates am 12. Februar 2021

Bundespräsident Steinmeier würdigt Jubiläum eines Verfassungsorgans

Die 1000. Sitzung des Bundesrates startete mit einer Ansprache von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Er hob hervor, dass der Bundesrat ein Ort sei, an dem für die Demokratie gearbeitet werde. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik folge einem hohem Ethos, so Steinmeier, dieser sei aber auch eine Herausforderung im Alltag. Er bekräftigte, dass Vielstimmigkeit und Vielfältigkeit des Bundesstaates ganz bewusst gewollt seien. Demokratie gelinge nicht ausschließlich wegen unterschiedlicher Sichtweisen, formulierte er, sondern dank des Zusammenwirkens und Ausgleichens aller Perspektiven und Interessen. Die gesamte Rede können Sie hier auf der [Website des Bundesrates](#) abrufen.



© Bundesrat | Sascha Radke

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

Der Bundesrat ließ den Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags vom 29. Januar 2021 passieren, der den Bezug von Elterngeld flexibler gestaltet.

Die Neuregelung soll sicherstellen, dass Eltern durch die Pandemie keine Nachteile beim Elterngeld- und Partnerschaftsbonusbezug haben. Die während des Elterngeldbezugs und der Elternzeit zulässige Arbeitszeit steigt von 30 auf 32 Wochenstunden. Eltern bekommen jeweils einen weiteren Monat Elterngeld, wenn die Kinder mindestens sechs, acht, zwölf oder sechzehn Wochen zu früh geboren wurden. Damit sollen sie auch mehr Zeit erhalten, um mögliche Entwicklungsverzögerungen ihrer Kinder aufzufangen.

Ein Antragsrecht für Eltern mit geringen selbständigen Nebeneinkünften ermöglicht diesen eine bessere Berücksichtigung ihrer Einnahmen. Eltern, die während des Elterngeldbezugs Teilzeit arbeiten, müssen nur im Ausnahmefall nachträglich Nachweise über ihre Arbeitszeit erbringen. Elterngeld erhalten künftig nur noch Eltern, die weniger als 300.000 Euro im Jahr verdienen – bisher lag die Grenze bei 500.000 Euro.



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Entschließung des Bundesrates zum Verbot einer Beförderung von Tieren in bestimmte Drittstaaten

Der Bundesrat verlangt mehr Tierschutz bei langen Transporten in Nicht-EU-Länder: Er möchte erreichen, dass Rindertransporte in weit entfernte Drittstaaten verboten werden – sofern zu befürchten ist, dass die Tiere dort tierschutzwidrig behandelt oder unzureichend versorgt werden. In seiner mit den Stimmen Hessens gefassten Entschließung fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für strengere Regeln einzusetzen, um Tiere zum Beispiel vor Kälte- bzw. Hitzestress, überlangen Transfers, Verletzungen und unnötigen Leiden – auch am Zielort – zu schützen.

In der Plenarsitzung begründete Staatsminister Tarek Al-Wazir die Dringlichkeit des Vorhabens in einer Protokollerklärung.



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) und zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts (Telekommunikationsmodernisierungsgesetz)

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation. Er bezweckt eine umfassende Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und den Abbau regulatorischer und sonstiger rechtlicher Hemmnisse für den Ausbau von mobilen und kabelgebundenen Telekommunikationsnetzen. Der Bundesrat beschloss eine umfangreiche Stellungnahme. Darin verlangt er unter anderem eine Überprüfung der mit dem Gesetzentwurf beabsichtigten Streichung der betriebskostenrechtlichen Privilegierung von Breitbandanlagen. Neben einer Verlängerung der hierfür geltenden Übergangsfristen solle auch über weitere Ansätze zur Weiterentwicklung dieses Privilegs hin zu einem wettbewerbsorientierten Anreizinstrument für Investitionen in Hausnetze nachgedacht werden. Ferner müsse beim Wechsel von Kupfernetzen zu neuen, beispielsweise glasfaserbasierten Netzinfrastrukturen die besondere Situation von regionalen Förderprojekten Berücksichtigung finden, etwa durch Härtefallregelungen. Zudem müssten die Zugriffsmöglichkeiten der Länder auf die bei der zentralen Informationsstelle des Bundes vorhandenen Daten zu Breitbandinfrastrukturen, Mobilfunknetzen und geplanten Baustellen verbessert werden, um den Ausbau von Hochkapazitätsnetzen zu vereinfachen.

Staatsministerin Lucia Puttrich begrüßte in einer Protokollerklärung den Gesetzentwurf als Schritt in die richtige Richtung, wies aber auf die aus Sicht Hessens wesentlichen Verbesserungsansätze hin.



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland

In der Beschlussempfehlung schlägt die Kommission dem Rat vor, der Kommission eine Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zu erteilen und die Kommission als Verhandlungsführerin zu benennen. Der Bundesrat beschloss dazu einhellig eine Stellungnahme. In dieser begrüßt er, dass die Verhandlungsführer einen ungeordneten Brexit vermeiden und noch vor Ablauf der Übergangsfrist ein umfassendes Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vereinbaren konnten. Er hebt hervor, dass es auf der Grundlage der Kernanliegen sowohl der EU als auch des Vereinigten Königreichs gelungen sei, eine Verpflichtung beider Partner auf einen fairen Wettbewerb, hohe Sozial-, Umwelt- und Klimaschutzstandards, die Geltung der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie wichtige datenschutzrechtliche Belange zu erreichen.

Staatsministerin Lucia Puttrich gab eine Rede zu Protokoll, in der sie vor einem möglichen Deregulierungswettlauf im Finanzmarktsektor warnte. Die Ministerin unterstrich in diesem Zusammenhang die herausgehobene Bedeutung der Einigkeit der EU-Mitgliedsstaaten bei den weiteren Verhandlungen mit London.

1001. Sitzung des Bundesrates am 5. März 2021

Gesetz zur Einführung und Verwendung einer Identifikationsnummer in der öffentlichen Verwaltung und zur Änderung weiterer Gesetze

Der Bundesrat hat in seiner 1001. Sitzung der Einführung einer individuellen Identifikationsnummer für Bürgerinnen und Bürger zugestimmt. Mit der Bürger-Identifikationsnummer sollen Bürgerinnen und Bürger beim Kontakt mit der Verwaltung nicht immer wieder die gleichen Daten angeben müssen, obwohl diese anderen Behörden bereits vorliegen.

Außerdem regelt das Gesetz die Bedingungen für den Datenaustausch konkreter. Dieser kann nur mit Zustimmung des Einzelnen vorgenommen werden. Zukünftig können Bürger auch nachsehen, zu welchem Zweck Behörden die Daten verarbeitet haben.



© Bundesrat | Steffen Kugler

Entwurf des Deutschen Aufbau- und Resilienzplans (DARP)

Der Bundesrat fordert in seiner Stellungnahme vom 5. März 2021 eine stärkere Einbindung der Länder bei der Erstellung eines Aufbau- und Resilienzplans (DARP) zu den Corona-Folgen. Aus der Sicht der "Länderkammer" hat sich die Bundesregierung unzureichend mit den Ländern abgestimmt, bevor sie den Entwurf zum DARP an die Europäische Kommission weitergeleitet hat. Insbesondere die Abstimmung zu möglichen Überschneidungen mit EU-kofinanzierten Programmen der Länder sei nicht erfolgt. Zur Vermeidung von Doppelförderungen sei jedoch ein abgestimmtes Vorgehen notwendig. In seiner Stellungnahme hebt der Bundesrat hervor, dass weitere Schritte der Bundesregierung zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen erforderlich seien. Dabei gehe es nicht nur um die Einnahmeausfälle im gegenwärtigen Lockdown, sondern auch um diejenigen Kommunen mit einer besonders hohen Schuldenlast.



© Bundesrat | Dirk Deckbar

1002. Sitzung des Bundesrates am 26. März 2021

EU-Verordnung über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor (Digital Markets Act)

Mit dem Digital Markets Act (DMA) als einem zentralen Vorhaben der EU-Kommission soll die europäische Antwort auf den digitalen Wettbewerb der Zukunft gegeben werden. Durch die Datenvielfalt hat sich in den letzten Jahren ein Wettbewerbsvorteil der großen Plattformen gegenüber anderen Unternehmen entwickelt. Diese geballte Konzentration von Marktmacht schadet. Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen aber auch im digitalen Zeitalter gelten. Deswegen bedarf es eines fairen Wettbewerbs und eines harmonisierten Rahmens in der EU. Die Regelungen müssen rechtssicher ausgestaltet sein, um schnelle Erfolge für Innovationen in der Plattformwirtschaft und ein Fair-Play für mittelständische Anbieter zu ermöglichen. In der Plenarsitzung begründete Staatsministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus die Dringlichkeit des Vorhabens.



© Bundesrat

Modernisierung des Personenbeförderungsrechts

Der Bundesrat hat dem Gesetz zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts zugestimmt. Die Gesetzesnovelle enthält einen neuen Rechtsrahmen für digitale Mobilitätsangebote und reagiert somit auf die Veränderungen des Mobilitätsmarktes. Diese neuen Digitalangebote lassen sich bislang nur schwer den bisherigen, bewährten Kategorien im Personenbeförderungsrecht zuordnen. Dies betrifft beispielsweise flexible Bedarfssammelverkehre, die als neue Verkehrsformen – einmal innerhalb des ÖPNV (z.B. Rufbusse, Anrufsammeltaxis) und einmal außerhalb des ÖPNV (z.B. MOIA in Hamburg und Hannover oder BerlKönig in Berlin) auftreten. Sie werden nun erstmalig gesetzlich als Regelangebot normiert. Das Gesetz sieht auch vor, für appvermittelte Mietwagenfahrten, wie sie Uber und FreeNow anbieten, an der Rückkehrpflicht festzuhalten und keine Vorbuchungsfrist einzuführen. Taxis profitieren (wie auch Mietwagen) von der Abschaffung der Ortskundeprüfung. Staatsminister Tarek Al-Wazir lobte den Kompromiss, der versuche, alle unterschiedlichen Interessen abzubilden.



© Bundesrat | Sascha Radke

VIDEOS

EU-Botschaftergespräche #oneclicktoeurope

Sendung verpasst? Alle Video sind auf unserem YouTube Kanal [Hessen in Berlin und Europa](#) sowie bei Twitter unter [@EUBerlinEuropa](#) abrufbar.

13.01.2021

#oneclicktoeurope

„Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“:



im Gespräch mit S.E. Dr. Peter Huber, Botschafter der Republik Österreich

Europa steht weiterhin vor vielen Herausforderungen: Welche Strategie verfolgen die EU-Mitgliedstaaten, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begrenzen? Werden die Regeln zur Eindämmung der Pandemie wieder verschärft? Und wie sieht es bei den europäischen Nachbarn aus? Die Hessische Landesvertretung in Berlin setzt 2021 ihre Gesprächsreihe zum Thema „Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“ fort.

Unser nächster Gesprächsgast im Januar war S.E. Dr. Peter Huber, Botschafter der Republik Österreich.

Die Gespräche werden weiterhin von Dr. Christoph von Marschall, Diplomatischer Korrespondent der Chefredaktion Der Tagesspiegel (Berlin), moderiert.

>>> [zum Video](#)

10.02.2021



#oneclicktoeurope

„Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“: im Gespräch mit I.E. Susanne Hyldelund, Botschafterin des Königreichs Dänemark

Sinkende Infektionszahlen lassen in Europa Hoffnungen auf einen schrittweisen Abbau der Lockdown- Maßnahmen aufkommen. Zeitgleich sorgen gefährliche Mutationen des Covid-19-Virus für große Unsicherheit. Dies wird auch durch neue Einreisebeschränkungen verdeutlicht. In diesem Spannungsfeld bewegte sich auch das Gastland Dänemark in unserer EU-Gesprächsreihe.

Dänemark war eines der ersten Länder in der EU, in dem mehrfach die britische Mutation des Covid-19-Virus nachgewiesen wurde. Sehr strenge Einreiseregulungen und trotz des Rufs als „Impf-Europameister“ musste Dänemark seinen Lockdown im Februar verlängern.

Welche Strategie Dänemark verfolgt, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begrenzen, hat uns Botschafterin Susanne Hyldelund im Gespräch mit Dr. Christoph von Marschall erläutert.

>>> [zum Video](#)

17.02.2021



#oneclicktoeurope

„Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“: im Gespräch mit S.E. Francisco Ribeiro de Menezes, Botschafter der Portugiesischen Republik

Während in Europa die Impfungen gegen das Covid-19-Virus fortgeführt werden, bleiben die Mutationen ein Unsicherheitsfaktor und belasten die Diskussion über Lockerungen von Lockdown-Maßnahmen. Diese Erfahrung hat auch Portugal machen müssen. Das Land, das zu Jahresbeginn die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, ist von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Hierüber sprach Botschafter Francisco Ribeiro de Menezes mit Dr. Christoph von Marschall.

>>> [zum Video](#)

26.02.2021



#oneclicktoeurope

„Was bedeutet das Corona-Virus für die Europäische Union?“: im Gespräch mit I.E. Inga Skujina, Botschafterin der Republik Lettland

Lettland hat strenge Einreisebeschränkungen vorgenommen. Durch einen bis zum 6. April geltenden Lockdown ist das öffentliche Leben weitgehend zurückgefahren worden. Zur Unterstützung der Wirtschaft hat Lettland, das sich immer durch solide Haushaltsführung ausgezeichnet hat, eigene "Wirtschaftsstabilisierungsfonds" aufgesetzt.

Aber wie schnell kann man in die Normalität der offenen Grenzen in Europa zurückkehren? Gleichzeitig muss sich die EU weiteren Fragen annehmen. Dies gilt etwa mit Blick auf die Östliche Partnerschaft oder die aktuellen Herausforderungen im Umgang mit Russland und Belarus. Welche Strategie sollte die EU angesichts der momentan dort zu verzeichnenden Entwicklungen langfristig verfolgen und wie ist insgesamt der lettische Blick auf eine zukunftsgerichtete EU-Sicherheitspolitik? Antworten dazu gab Botschafterin Inga Skujina am 26. Februar in der Hessischen Landesvertretung.

>>> [zum Video](#)

**"Schwarz • Rot • Gut –
Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet"**
von Dr. Reinhard Müller im Gespräch mit Bettina Schausten

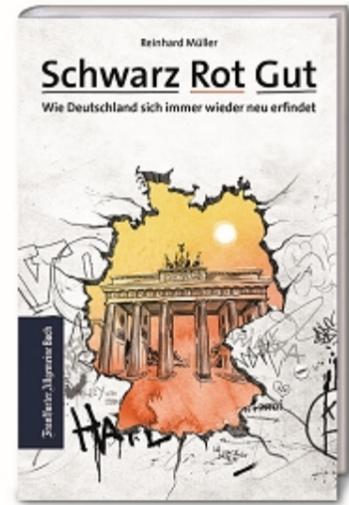
20.01.2021

Reinhard Müller präsentiert mit seinem Sachbuch »Schwarz • Rot • Gut« das Ergebnis seiner persönlichen und beruflichen Beschäftigung mit Deutschland. Aus dieser langjährigen Beobachtung und Analyse deutscher Befindlichkeiten und Politik beleuchtet Reinhard Müller den aktuellen Zustand unseres Landes sowohl auf staatlicher Ebene als auch mit Blick auf den einzelnen Bürger.

Welche Lehren, gesellschaftlich und politisch, lassen sich aus der deutschen Geschichte ziehen? Innere Einheit – hat es sie je gegeben? Föderalismus: Flickenteppich oder Erfolgsmodell?

Das Gespräch mit Reinhard Müller führte die Journalistin und Fernsehmoderatorin Bettina Schausten.

>>> [zum Video](#)



**"Frauengeschichten –
Was ich von starken Frauen gelernt habe."**
von Hubertus Meyer-Burckhardt im Gespräch mit Christiane Kohl

27.01.2021

Seit vielen Jahren lädt der in Kassel geborene Hubertus Meyer-Burckhardt, Gastgeber der NDR Talk Show an der Seite von Barbara Schöneberger, jeweils am ersten Montag des Monats berühmte und bekannte Frauen in seine Sendung ein. Aus dieser Reihe von über 60 wunderbaren Gesprächen mit Persönlichkeiten wie Helene Fischer, Annette Humpe, Ina Müller, Elke Heidenreich, Senta Berger oder Carolin Kebekus ist 2017 das faszinierende Buch „Meyer-Burckhardt's Frauengeschichten“ entstanden.

Die Lesung in der Hessischen Landesvertretung Berlin moderierte Christiane Kohl, Journalistin und Schriftstellerin, die viele Jahre für den "Spiegel" und die Süddeutsche Zeitung arbeitete.

>>> [zum Video](#)



Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen im Social Web:

